



Informationen gemäß Art. 13 DS-GVO – Vorlage für öffentliche Stellen

Die Angaben zu den Ziffern 3 bis 6 sind von den Fachämtern individuell zu gestalten!

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

- Bezeichnung der öffentlichen Stelle
- Adresse
- Telefon
- E-Mail-Adresse

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

- Anschrift
- Telefonnummer oder Name der/des Beauftragten für den Datenschutz
- Funktionspostfach, z.B. Datenschutzbeauftragter@behoerde1.rlp.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

- Darstellung, zu welchen spezifischen Zwecken personenbezogene Daten gemäß welcher Rechtsgrundlage verarbeitet werden
- Rechtsgrundlage gemäß Art. 6 Abs. 1 DS-GVO, BDSG, LDSG, weiteres Landesrecht; sofern eine Einwilligung Grundlage der Verarbeitung ist, muss unter Zf. 7 auch auf das Recht auf Widerruf (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO) hingewiesen werden.
- Vgl. auch die Angaben im Verfahrensverzeichnis bzw. im Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

- Soweit gegeben
- Vgl. auch die Angaben im Verfahrensverzeichnis bzw. im Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

- Soweit gegeben
- Vgl. auch die Angaben im Verfahrensverzeichnis bzw. im Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten



6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

- konkrete Aufbewahrungs- und Löschfristen, z.B. § 30 Abs. 2 GemHVO, § 96 LBG
- Empfehlungen des Gutachtens der KGSt zur Aufbewahrungsdauer
- Falls nicht möglich, Kriterien für Dauer der Speicherung, insbesondere Kriterien, die sich auf die Dauer der Erforderlichkeit der Aufbewahrung beziehen

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrund-Verordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO).
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 DS-GVO).
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.



8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.